Deutscher Bundestag 4. Wahlperiode

Drucksache IV/2955

Bundesrepublik Deutschland Der Bundeskanzler

Bonn, den 18. Januar 1965

3 — 44603 — 2580/64 VII

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und anderer Gesetze

mit Begründung (Anlage 1). Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 276. Sitzung am 4. Dezember 1964 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Entwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen. Im übrigen hat der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Anlage 3 dargelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes

zur Anderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und anderer Gesetze

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Anderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

Die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 907), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 769), wird wie folgt geändert:

- In § 4 fallen die Worte "zur Ableistung des Anwärterdienstes überwiesenen Anwaltsassessor oder" weg.
- 2. In § 26 wird folgender Satz 2 angefügt:

"Er kann nach seiner Wahl anstelle der tatsächlich entstandenen Kosten einen Pauschsatz fordern, der fünf vom Hundert der gesetzlichen Gebühren, in derselben Angelegenheit und in gerichtlichen Verfahren in demselben Rechtszug jedoch höchstens 5 Deutsche Mark beträgt; § 11 Abs. 2 Satz 2 gilt sinngemäß."

- 3. § 28 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
 - "diese Entschädigung ist stets zu gewähren, wenn der Hin- und Rückweg zusammen nicht mehr als zweihundert Kilometer beträgt oder der Rechtsanwalt Fahrtkosten für nicht mehr als zweihundert Kilometer verlangt."
 - b) In Absatz 2 wird in Satz 1 die Zahl "15" durch die Zahl "20" und in Satz 2 die Zahl "7,50" durch die Zahl "10" ersetzt.
- 4. § 36 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

"Wird ein Vergleich, insbesondere über den Unterhalt, im Hinblick auf eine Ehesache geschlossen, so bleibt der Wert der Ehesache bei der Berechnung der Vergleichsgebühr außer Betracht."

- 5. § 50 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 treten an die Stelle der Worte "drei Zehntel" die Worte "fünf Zehntel".
 - b) Satz 2 fällt weg.
- 6. § 58 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3 wird folgender Halbsatz angefügt:
 - "jedes neue Verfahren, insbesondere jedes

Verfahren über Anträge auf Änderung der getroffenen Anordnungen, gilt als besondere Angelegenheit;".

- b) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4 a eingefügt:
 - "4 a das Verfahren über einen Antrag nach § 825 der Zivilprozeßordnung;".
- 7. § 114 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
 - "Verfahren vor Verwaltungsgerichten und Finanzgerichten"
 - b) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
 - "(1) In Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Finanzgerichtsbarkeit gelten die Vorschriften des Dritten Abschnitts sinngemäß."
 - c) Absatz 3 wird durch folgenden Absatz ersetzt:
 - "(3) Im Verfahren über die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung oder der Revision erhält der Rechtsanwalt die Hälfte der in § 31 bestimmten Gebühren nach den Sätzen des § 11 Abs. 1 Satz 2."
 - d) Absatz 5 erhält folgende Fassung:
 - "(5) Im Verfahren auf Aussetzung oder Aufhebung der Vollziehung oder auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung erhält der Rechtsanwalt fünf Zehntel der in § 31 bestimmten Gebühren."
- 8. § 116 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"Verfahren vor Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit"

- b) In Absatz 1 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt: "§ 23 und § 24 gelten nicht."
- c) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 - "(2) Der Rechtsanwalt erhält im Verfahren
 - vor dem Sozialgericht
 30 Deutsche Mark

bis 200 Deutsche Mark,

2. vor dem Landessozialgericht 45 Deutsche Mark

bis 300 Deutsche Mark,

vor dem Bundessozialgericht
 75 Deutsche Mark

bis 500 Deutsche Mark."

- 9. § 123 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 tritt an die Stelle der Zahl "50" die Zahl "75".
 - b) In Satz 2 tritt an die Stelle der Zahl "30" die Zahl "40".
- 10. In § 124 fällt der Satz 2 weg.
- 11. Die Anlage zu § 11 wird wie folgt gefaßt:

"Die volle Gebühr beträgt bei einem Gegenstandswert

```
3 Deutsche Mark
         20 Deutsche Mark
bis
         50 Deutsche Mark
                               5 Deutsche Mark
his
                              7 Deutsche Mark
bis
        100 Deutsche Mark
        150 Deutsche Mark
                              10 Deutsche Mark
bis
        200 Deutsche Mark
                              13 Deutsche Mark
bis
                              19 Deutsche Mark
bis
        300 Deutsche Mark
        400 Deutsche Mark
                              25 Deutsche Mark
bis
                              30 Deutsche Mark
bis
        500 Deutsche Mark
        600 Deutsche Mark
                              35 Deutsche Mark
bis
                              40 Deutsche Mark
bis
        700 Deutsche Mark
        800 Deutsche Mark
                              45 Deutsche Mark
bis
        900 Deutsche Mark
                              50 Deutsche Mark
bis
                              55 Deutsche Mark
bis
       1 000 Deutsche Mark
       1 100 Deutsche Mark
                              60 Deutsche Mark
bis
                              65 Deutsche Mark
bis
       1 200 Deutsche Mark
                              70 Deutsche Mark
       1 300 Deutsche Mark
bis
bis
       1 400 Deutsche Mark
                              75 Deutsche Mark
bis
       1 500 Deutsche Mark
                              80 Deutsche Mark
       1 600 Deutsche Mark
                              85 Deutsche Mark
bis
bis
       1 700 Deutsche Mark
                              90 Deutsche Mark
       1 800 Deutsche Mark
                              95 Deutsche Mark
bis
       1 900 Deutsche Mark
                             100 Deutsche Mark
bis
                             105 Deutsche Mark
bis
       2 000 Deutsche Mark
bis
       2 100 Deutsche Mark
                             110 Deutsche Mark
bis
       2 200 Deutsche Mark
                             115 Deutsche Mark
                             120 Deutsche Mark
       2 300 Deutsche Mark
bis
       2 400 Deutsche Mark
                             125 Deutsche Mark
his
       2 500 Deutsche Mark
                             129 Deutsche Mark
bis
       2 600 Deutsche Mark
                             133 Deutsche Mark
bis
       2 700 Deutsche Mark
                             137 Deutsche Mark
bis
                             141 Deutsche Mark
       2 800 Deutsche Mark
bis
       2 900 Deutsche Mark
                             145 Deutsche Mark
his
       3 000 Deutsche Mark
                             149 Deutsche Mark
bis
       3 200 Deutsche Mark
                            155 Deutsche Mark
bis
                            161 Deutsche Mark
       3 400 Deutsche Mark
bis
       3 600 Deutsche Mark
                            167 Deutsche Mark
bis
                             173 Deutsche Mark
bis
       3 800 Deutsche Mark
       4 000 Deutsche Mark
                             179 Deutsche Mark
bis
bis
       4 200 Deutsche Mark
                             185 Deutsche Mark
                            190 Deutsche Mark
       4 400 Deutsche Mark
bis
       4 600 Deutsche Mark
                            195 Deutsche Mark
bis
bis
       4 800 Deutsche Mark
                             200 Deutsche Mark
bis
       5 000 Deutsche Mark
                            205 Deutsche Mark
                            210 Deutsche Mark
bis
       5 200 Deutsche Mark
       5 400 Deutsche Mark
                            215 Deutsche Mark
bsi
       5 600 Deutsche Mark
                             220 Deutsche Mark
bis
       5 800 Deutsche Mark
                             225 Deutsche Mark
bis
       6 000 Deutsche Mark
                             230 Deutsche Mark
bis
bis
       6 200 Deutsche Mark
                            233 Deutsche Mark
                            236 Deutsche Mark
       6 400 Deutsche Mark
bis
       6 600 Deutsche Mark
                            239 Deutsche Mark
his
       6 800 Deutsche Mark
                            242 Deutsche Mark
bis
       7 000 Deutsche Mark
                            245 Deutsche Mark
bis
       7 200 Deutsche Mark 248 Deutsche Mark
bis
```

bis 7 400 Deutsche Mark 251 Deutsche Mark 254 Deutsche Mark bis 7 600 Deutsche Mark 7 800 Deutsche Mark 257 Deutsche Mark bis bis 8 000 Deutsche Mark 260 Deutsche Mark bis 8 400 Deutsche Mark 266 Deutsche Mark 8 800 Deutsche Mark 272 Deutsche Mark bis 9 200 Deutsche Mark bis 278 Deutsche Mark 284 Deutsche Mark 9 600 Deutsche Mark bis bis 10 000 Deutsche Mark 290 Deutsche Mark bis 11 000 Deutsche Mark 297 Deutsche Mark bis 12 000 Deutsche Mark 304 Deutsche Mark bis 13 000 Deutsche Mark 311 Deutsche Mark 14 000 Deutsche Mark 318 Deutsche Mark bis 15 000 Deutsche Mark 325 Deutsche Mark bis bis 16 000 Deutsche Mark 332 Deutsche Mark 17 000 Deutsche Mark 339 Deutsche Mark bis bis 18 000 Deutsche Mark 346 Deutsche Mark 353 Deutsche Mark 19 000 Deutsche Mark bis 20 000 Deutsche Mark 360 Deutsche Mark his 21 000 Deutsche Mark bis 367 Deutsche Mark 22 000 Deutsche Mark 374 Deutsche Mark bis bis 23 000 Deutsche Mark 381 Deutsche Mark 24 000 Deutsche Mark 388 Deutsche Mark bis 25 000 Deutsche Mark 395 Deutsche Mark his bis 26 000 Deutsche Mark 402 Deutsche Mark 27 000 Deutsche Mark 409 Deutsche Mark bis 28 000 Deutsche Mark bis 416 Deutsche Mark 29 000 Deutsche Mark 423 Deutsche Mark bis bis 30 000 Deutsche Mark 430 Deutsche Mark bis 31 000 Deutsche Mark 437 Deutsche Mark bis 32 000 Deutsche Mark 444 Deutsche Mark bis 33 000 Deutsche Mark 451 Deutsche Mark 458 Deutsche Mark bis 34 000 Deutsche Mark bis 35 000 Deutsche Mark 465 Deutsche Mark 36 000 Deutsche Mark bis 472 Deutsche Mark bis 37 000 Deutsche Mark 479 Deutsche Mark bis 38 000 Deutsche Mark 486 Deutsche Mark 39 000 Deutsche Mark his 493 Deutsche Mark bis 40 000 Deutsche Mark 500 Deutsche Mark 41 000 Deutsche Mark 507 Deutsche Mark bis bis 42 000 Deutsche Mark 514 Deutsche Mark 43 000 Deutsche Mark 521 Deutsche Mark bis 44 000 Deutsche Mark his 528 Deutsche Mark bis 45 000 Deutsche Mark 535 Deutsche Mark 46 000 Deutsche Mark 542 Deutsche Mark bis bis 47 000 Deutsche Mark 549 Deutsche Mark 48 000 Deutsche Mark 556 Deutsche Mark bis bis 49 000 Deutsche Mark 563 Deutsche Mark his 50 000 Deutsche Mark 570 Deutsche Mark 51 000 Deutsche Mark 577 Deutsche Mark bis bis 52 000 Deutsche Mark 584 Deutsche Mark 53 000 Deutsche Mark 591 Deutsche Mark bis 54 000 Deutsche Mark 598 Deutsche Mark bis his 55 000 Deutsche Mark 605 Deutsche Mark bis 56 000 Deutsche Mark 612 Deutsche Mark 57 000 Deutsche Mark bis 619 Deutsche Mark 58 000 Deutsche Mark 626 Deutsche Mark bis 633 Deutsche Mark bis 59 000 Deutsche Mark 60 000 Deutsche Mark 640 Deutsche Mark bis bis 61 000 Deutsche Mark 647 Deutsche Mark bis 62 000 Deutsche Mark 654 Deutsche Mark 63 000 Deutsche Mark 661 Deutsche Mark bis bis 64 000 Deutsche Mark 668 Deutsche Mark 65 000 Deutsche Mark 675 Deutsche Mark bis 66 000 Deutsche Mark bis 682 Deutsche Mark bis 67 000 Deutsche Mark 689 Deutsche Mark

68 000 Deutsche Mark 696 Deutsche Mark his bis 69 000 Deutsche Mark 703 Deutsche Mark bis 70 000 Deutsche Mark 710 Deutsche Mark 71 000 Deutsche Mark 717 Deutsche Mark his bis 72 000 Deutsche Mark 724 Deutsche Mark 73 000 Deutsche Mark 731 Deutsche Mark his bis 74 000 Deutsche Mark 738 Deutsche Mark 75 000 Deutsche Mark 745 Deutsche Mark bis his 76 000 Deutsche Mark 752 Deutsche Mark bis 77 000 Deutsche Mark 759 Deutsche Mark 78 000 Deutsche Mark 766 Deutsche Mark his 79 000 Deutsche Mark bis 773 Deutsche Mark 80 000 Deutsche Mark 780 Deutsche Mark bis 81 000 Deutsche Mark 787 Deutsche Mark bis bis 82 000 Deutsche Mark 794 Deutsche Mark his 83 000 Deutsche Mark 801 Deutsche Mark bis 84 000 Deutsche Mark 808 Deutsche Mark 85 000 Deutsche Mark 815 Deutsche Mark bis 86 000 Deutsche Mark 822 Deutsche Mark his bis 87 000 Deutsche Mark 829 Deutsche Mark 88 000 Deutsche Mark 836 Deutsche Mark his bis 89 000 Deutsche Mark 843 Deutsche Mark 90 000 Deutsche Mark 850 Deutsche Mark bis 91 000 Deutsche Mark 857 Deutsche Mark bis 92 000 Deutsche Mark 864 Deutsche Mark bis 93 000 Deutsche Mark 871 Deutsche Mark bis bis 94 000 Deutsche Mark 878 Deutsche Mark 95 000 Deutsche Mark 885 Deutsche Mark bis 96 000 Deutsche Mark 892 Deutsche Mark bis 97 000 Deutsche Mark bis 899 Deutsche Mark 98 000 Deutsche Mark 906 Deutsche Mark bis 913 Deutsche Mark 99 000 Deutsche Mark bis his 100 000 Deutsche Mark 920 Deutsche Mark

von dem Mehrbetrag bis 1 Million Deutsche Mark

für je 10 000 Deutsche Mark 35 Deutsche Mark von dem Mehrbetrag bis 5 Millionen Deutsche Mark

für je 10 000 Deutsche Mark 25 Deutsche Mark von dem Mehrbetrag über 5 Millionen Deutsche Mark

für je 20 000 Deutsche Mark 25 Deutsche Mark. Gegenstandswerte über 100 000 Deutsche Mark sind auf volle 10 000 Deutsche Mark, Gegenstandswerte über 5 Millionen Deutsche Mark sind auf volle 20 000 Deutsche Mark aufzurunden."

Artikel 2

Anderung anderer Gesetze

§ Í

Anderung des Gesetzes zur Anderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften

Artikel IX § 1 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957 (Bundesgestzbl. I S. 861) wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

"Die volle Gebühr beträgt bei einem Gegenstandswert

bis	20 Deutsche Mark	3 Deutsche Mark
bis	50 Deutsche Mark	5 Deutsche Mark
bis	100 Deutsche Mark	7 Deutsche Mark
bis	150 Deutsche Mark	10 Deutsche Mark
bis	200 Deutsche Mark	13 Deutsche Mark
bis	300 Deutsche Mark	19 Deutsche Mark
bis	400 Deutsche Mark	23 Deutsche Mark
bis	600 Deutsche Mark	29 Deutsche Mark
bis	800 Deutsche Mark	34 Deutsche Mark
bis	1 000 Deutsche Mark	38 Deutsche Mark
bis	1 200 Deutsche Mark	42 Deutsche Mark
bis	1 500 Deutsche Mark	48 Deutsche Mark
bis	1 800 Deutsche Mark	54 Deutsche Mark
bis	2 200 Deutsche Mark	62 Deutsche Mark
bis	2 600 Deutsche Mark	69 Deutsche Mark
bis	3 000 Deutsche Mark	75 Deutsche Mark."

b) In Absatz 3 Satz 2 werden die Zahl "10" durch die Zahl "14" und die Zahl "5" durch die Zahl "7" ersetzt.

§ 2

Anderung der Kostenordnung

- § 153 der Kostenordnung vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 960) wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
 - "diese Entschädigung ist stets zu gewähren, wenn der Hin- und Rückweg zusammen nicht mehr als zweihundert Kilometer beträgt oder der Notar Fahrkosten für nicht mehr als zweihundert Kilometer verlangt."
- b) In Absatz 2 wird in Satz 1 die Zahl "15" durch die Zahl "20" und in Satz 2 die Zahl "7,50" durch die Zahl "10" ersetzt.

Artikel 3

Schlußvorschriften

§ 1

Anwendung des neuen Rechts

- (1) In Angelegenheiten, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnen haben, sind die Gebühren nach neuem Recht zu berechnen, soweit die Angelegenheit nicht vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beendigt war.
- (2) In gerichtlichen Verfahren sind in einem Rechtszug, der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnen hat, die Gebühren nach neuem Recht zu berechnen, soweit der Rechtszug nicht vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beendigt war; dabei gilt der Rechtszug auch als beendigt, wenn eine Entscheidung, welche die gerichtliche Instanz abschließt,

verkündet oder, falls eine Verkündung nicht stattgefunden hat, zugestellt oder sonst erlassen worden ist. Ruht das Verfahren beim Inkrafttreten dieses Gesetzes oder ist es in diesem Zeitpunkt ausgesetzt oder unterbrochen, so sind die Gebühren nach dem bisherigen Recht zu berechnen, es sei denn, daß das Verfahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgenommen wird.

§ 2

Geltung in Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung

Allgemeine Einführung

I.

Die Rechtsanwaltsgebühren, die sich nach dem Wert des Gegenstands der anwaltlichen Tätigkeit berechnen (Wertgebühren), sind zuletzt durch das Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete des Kostenrechts vom 7. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 401) den veränderten Verhältnissen angepaßt worden. Die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte, die als Artikel VIII in das Gesetz zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 907) eingestellt worden ist, bewirkte zwar durch systematische Änderungen eine nicht unerhebliche Erhöhung des Gebührenaufkommens auch hinsichtlich der Wertgebühren. Die Gebühren wurden durch dieses Gesetz jedoch nicht durchgehend erhöht. Zwar erscheinen die Beträge der Gebührentabelle, die der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte als Anlage zu § 11 beigefügt ist, höher als die Beträge, die sich auf Grund des Gesetzes vom 7. August 1952 ergeben haben. Doch kann hier von einer Erhöhung der Gebühren nicht gesprochen werden. Denn die höheren Beträge ergeben sich dadurch, daß die Kostenfestsetzungsgebühr, die als selbständige Gebühr weggefallen ist, mit ihrem ungefähren Betrag pauschal in die Gebührentabelle eingerechnet worden ist.

Dagegen sind die Rahmengebühren (insbesondere für Strafsachen) durch das Gesetz vom 26. Juli 1957 erhöht worden. Ferner wurden die Gebühren, die Rechtsanwälte und gerichtlich bestellte Verteidiger aus der Staatskasse erhalten, durch das Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und des Gerichtskostengesetzes vom 19. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 769) den veränderten Verhältnissen angepaßt.

II.

Seit der letzten Festsetzung der Höhe der Wertgebühren haben sich die Lebenshaltungskosten erhöht. Auch sind die Kosten für die Unterhaltung einer Anwaltskanzlei beträchtlich gestiegen. Der Kostensteigerung stehen allerdings auch vermehrte Einnahmen gegenüber. Allgemein ergeben diese sich daraus, daß der Anwaltschaft im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung weitere Aufgabengebiete erschlossen worden sind. Ferner pflegen bei Honorarvereinbarungen, die besonders für Strafsachen und auch für größere Wirtschaftsberatungen häufig geschlossen werden, die erhöhten Kosten berücksichtigt zu werden.

Für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten sowie für Verfahren vor Gerichten für Arbeitssachen und vor Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der

Finanzgerichtsbarkeit werden Honorarvereinbarungen nur selten getroffen. Die gesetzlichen Gebühren bemessen sich in diesen Verfahren regelmäßig nach dem Wert des Streitgegenstands. Da die Streitwerte in den letzten Jahren im allgemeinen gestiegen sind, hat die Anwaltschaft auch hierdurch höhere Einnahmen erzielt. Jedoch sind diese Einnahmen nicht in dem gleichen Verhältnis wie die Streitwerte gestiegen, weil die der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte als Anlage zu § 11 beigefügte Gebührentabelle degressiv gestaffelt ist.

Um auch den Rechtsanwälten, die ihre Einnahmen überwiegend aus der Vertretung in den vorgenannten Verfahren, insbesondere in Zivilprozessen, erzielen, eine möglichst volle Deckung der erhöhten Kosten zu sichern, sieht der Entwurf vor, die Degression der Gebührenstaffel zu mildern. Dabei wird der Grundgedanke der Gebührenregelung, daß die Gebührenlast eines Prozesses in einem angemessenen Verhältnis zu dem Wert des Verfahrensgegenstands stehen muß, beibehalten. Insbesondere müssen daher auch künftig Gebühreneinnahmen aus höheren Objekten eine Mindereinnahme bei kleineren Gegenständen ausgleichen. Die Gebührentabelle wird jedoch unter dem Gesichtspunkt neugestaltet, daß bei einer ausgeglichenen Anwaltspraxis - nur auf eine solche Praxis kann die Gebührenregelung abstellen — auch angesichts der eingetretenen Wertverschiebungen ein Ausgleich möglich ist.

Die neue Gebührentabelle, die in Artikel 1 Nr. 11 des Entwurfs vorgeschlagen wird, sieht folgendes vor:

- 1. Für Werte bis 1000 DM bleiben die Gebühren unverändert.
- 2. Für Werte über 1000 DM werden die Gebühren wie aus der Anlage ersichtlich erhöht.

III.

Durch das Gesetz vom 19. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 769) sind die Gebühren, welche die Armenanwälte aus der Staatskasse erhalten, im allgemeinen neu festgesetzt worden. Die Gebühren für Ehesachen und die anderen in § 123 Abs. 2 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte genannten Sachen hat dieses Gesetz aber nicht geändert. Nach dem Entwurf sollen auch diese Gebühren nunmehr angemessen erhöht werden.

Die Rahmengebühren in Verfahren vor Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit haben sich in schwierigen und umfangreichen Sachen nicht als ausreichend erwiesen; deshalb ist eine Erhöhung der Höchstbeträge der Rahmengebühren vorgesehen (vgl. Artikel 1 Nr. 8 Buchstabe c).

Ferner werden für einzelne Gebührentatbestände Verbesserungen vorgenommen. So werden die Gebühren für die Nichtzulassungsbeschwerde (vgl. Artikel 1 Nr. 7 Buchstabe c), für Verfahren auf Aussetzung oder Aufhebung der Vollziehung oder auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung (vgl. Artikel 1 Nr. 7 Buchstabe d), für Räumungsfristverfahren (vgl. Artikel 1 Nr. 5) und für einige Vollstreckungsmaßnahmen (vgl. Artikel 1 Nr. 6) erhöht.

Auch das Abwesenheitsgeld wird erhöht (vgl. Artikel 1 Nr. 3 Buchstabe b, Artikel 2 § 2 Buchstabe b). Die Berechnung der Auslagen wird vereinfacht (vgl. Artikel 1 Nr. 2 und Nr. 3 Buchstabe a, Artikel 2 § 2 Buchstabe a).

Schließlich klärt der Entwurf eine Streitfrage, die sich für die Vergleichsgebühr bei Vergleichen, die im Zusammenhang mit einer Ehesache geschlossen werden, ergeben hat (vgl. Artikel 1 Nr. 4).

Ferner werden einige Vorschriften, die durch zwischenzeitliche Gesetzesänderungen gegenstandslos geworden sind, ausdrücklich aufgehoben (vgl. Artikel 1 Nr. 1 und 10).

IV.

Der Entwurf wird durch die in Nummer 9 vorgesehene Neuregelung voraussichtlich jährliche Mehraufwendungen von rund 3 600 000 DM in den Ländern und rund 6000 DM im Bund zur Folge haben.

Zu den einzelnen Vorschriften

Artikel 1

Anderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte

Zu Nummer 1

Die Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 565) hat den Anwärterdienst als Anwaltsassessor beseitigt. Der den Anwaltsassessor betreffende Teil des Satzes ist deshalb als gegenstandslos zu streichen.

Zu Nummer 2

Durch den neuen Satz 2 des § 26 soll dem Rechtsanwalt die Abrechnung erleichtert werden, wenn nur geringfügige Postgebühren angefallen sind.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Nach § 9 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung vom 26. September 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 757) wird bei Geschäftsreisen über einen Hin- und Rückweg von zusammen nicht mehr als 200 km für jedes Kilometer des Hin- und Rückwegs ein Wegegeld von 0,25 DM gewährt. Dies geschieht ohne Rücksicht darauf, ob ein öffentliches Verkehrsmittel hätte benutzt werden können. Es werden also nicht die Kosten zum Vergleich herangezogen, die

entstanden wären, wenn ein solches Verkehrsmittel benutzt worden wäre. Diese Vorschrift ist geschaffen worden, um die unerfreulichen Streitfälle zu vermeiden, die sich über die Frage, ob die Benutzung eines Kraftfahrzeugs den Umständen nach angemessen war, gerade bei solchen Wegstrecken ergeben haben (vgl. die Begründung zu der Regierungsvorlage, Drucksache 2545 der 2. Wahlperiode S. 218). Dieser Gesichtspunkt trifft auch für die Berechnung der Reisekostenvergütung des Rechtsanwalts zu. Daher wird durch den Entwurf eine entsprechende Vorschrift in § 28 Abs. 1 Satz 2 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte angefügt.

Nach dem neuen Halbsatz des Satzes 2 soll von einer Vergleichsrechnung auch abgesehen werden, wenn der Rechtsanwalt seinen Ersatzanspruch hinsichtlich der Fahrkosten auf eine Entfernung von 200 km beschränkt. Eine entsprechende Vorschrift ist bereits durch das Gesetz vom 21. September 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 745) in Anlehnung an die Rechtsprechung auch in den § 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen eingefügt worden.

Zu Buchstabe b

Durch die Änderung des § 28 Abs. 2 wird das Abwesenheitsgeld von 15 DM auf 20 DM und bei Geschäftsreisen von nicht mehr als 4 Stunden von 7,50 DM auf 10 DM erhöht.

Zu Nummer 4

Nach § 36 Abs. 1 Satz 1 gilt die Vorschrift des § 23 über die Vergleichsgebühr nicht in Ehesachen (§ 606 Abs. 1 Satz 1 ZPO). Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Ehesachen der Parteiherrschaft entzogen sind und daher eine Vereinbarung über die Ehescheidung den Streit oder die Ungewißheit der Parteien nicht im Sinne des § 779 BGB beseitigen könnte (vgl. Begründung zu der Regierungsvorlage, Drucksache 2545 der 2. Wahlperiode S. 243). Die Vorschrift handelt also von einem "Vergleich" in der Ehesache selbst und zieht die gebührenrechtlichen Folgerungen daraus, daß ein solcher Vergleich von der Rechtsordnung nicht anerkannt wird.

Dagegen handelt § 36 Abs. 1 Satz 2 von Vergleichen, die im Hinblick auf eine Ehesache geschlossen werden. Für solche Vergleiche wird die Vergleichsgebühr nicht schlechthin ausgeschlossen. Jedoch soll der Wert der Ehesache bei der Berechnung der Vergleichsgebühr außer Betracht bleiben. Ob eine Vergleichsgebühr entsteht, richtet sich im übrigen nach § 23. Hiernach kommt es u. a. darauf an, ob der Vergleich wirksam zustande gekommen ist. Dies beurteilt sich nicht nach dem Gebührenrecht, sondern nach dem materiellen Recht. In Betracht kommt insbesondere § 72 des Ehegesetzes. Nach dieser Vorschrift ist eine Einigung der Eheleute über den Unterhalt nicht allein deswegen nichtig, weil sie die Ehescheidung erleichtert. Die Rechtsprechung hat diesen Rechtssatz auf sonstige vermögensrechtliche Vereinbarungen ausgedehnt, z.B. auf die Auseinandersetzung hinsichtlich des Vermögens. Hierauf beruht es, daß in § 36 Abs. 1 Satz 2 der Bundesgebührenordnunng für Rechtsanwälte der Vergleich über vermögensrechtliche Ansprüche, insbesondere über den Unterhalt, besonders hervorgehoben wird (vgl. Begründung zu der Regierungsvorlage a. a. O.).

Von einem Teil der Rechtsprechung und des Schrifttums ist hieraus gefolgert worden, daß für einen Vergleich über nichtvermögensrechtliche Ansprüche, der im Hinblick auf eine Ehesache geschlossen wird, eine Vergleichsgebühr nicht erwachsen könne. Dies schlechthin auszuschließen, entspricht aber nicht dem Sinn des § 36 Abs. 1 Satz 2. Es erscheint daher zweckmäßig, dem Satz 2 eine andere Fassung zu geben, durch die klargestellt wird, daß auch für solche Vergleiche, sofern sie nach materiellem Recht wirksam geschlossen werden, die Vergleichsgebühr erwächst, jedoch bei ihrer Berechnung der Wert der Ehesache außer Betracht bleibt. Dies wird dadurch erreicht, daß nach dem Entwurf die Worte "über vermögensrechtliche Ansprüche" fortfallen.

Zu Nummer 5

Nach § 50 Satz 1 erhält der Rechtsanwalt im Verfahren vor dem Prozeßgericht auf Bewilligung oder Verlängerung einer Räumungsfrist ³/₁₀ der in § 31 bestimmten Gebühren, wenn das Verfahren mit dem Verfahren über die Hauptsache nicht verbunden ist. Da solche Verfahren einen beträchtlichen Aufwand an Mühe und Arbeit zu verursachen pflegen, erscheint es angemessen, den Gebührensatz auf ⁵/₁₀ zu erhöhen.

Bei einer Erhöhung der Gebühren auf ⁵/₁₀ der vollen Gebühr muß der bisherige Satz 2 wegfallen. Er ist nur auf die bisherigen ³/₁₀-Gebühren zugeschnitten. Denn er verwirklicht, wie viele andere Vorschriften (vgl. z. B. § 49 Abs. 1 Satz 3, § 51 Abs. 1 Satz 3, § 55 Satz 2, § 57 Satz 2, § 61 Abs. 3, § 76 Satz 2, § 114 Abs. 6 Satz 2) einen Grundgedanken der Gebührenordnung, der dahin geht, daß Bruchteile von ³/₁₀ Gebühren vermieden werden sollen (vgl. Begründung zu der Regierungsvorlage, BT-Drucksache 2545 der 2. Wahlperiode S. 222 und 246).

Zu Nummer 6

Zu Buchstabe a

In derselben Vollstreckungsangelegenheit werden häufig mehrere Verfahren auf Vollstreckungsschutz betrieben. Insbesondere kommt es häufig vor, daß die Verlängerung von Räumungsfristen beantragt wird. Da hierdurch eine erhebliche Mehrarbeit entsteht, erscheint es angemessen, die Vollstreckungsgebühren für jedes neue Verfahren erneut zuzubilligen. Dies bestimmt der neue Halbsatz, der in § 58 Abs. 3 Nr. 3 angefügt wird.

Zu Buchstabe b

Die Verfahren über Anträge auf Anordnung einer anderen Verwertung (§ 825 ZPO) erfordern eine besondere Mühewaltung, da diese Verfahren darauf gerichtet sind, die Vollstreckung einen anderen als den gewöhnlichen Verlauf nehmen zu lassen. Daher werden in der neuen Nummer 4 a des § 58 Abs. 3 hierfür besondere Vollstreckungsgebühren vorgesehen.

Zu Nummer 7

Zu Buchstaben a und b

Die in § 114 enthaltenen Vorschriften sollen künftig nur noch für die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Finanzgerichtsbarkeit gelten.

Die bisher in Absatz 1 auch für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit vorgeschriebene Anwendung des Dritten Abschnitts hat angesichts der in § 116 vorgesehenen Rahmengebühren zu Zweifeln Anlaß gegeben. Es erscheint deshalb angebracht, künftig auf eine solche Verweisung zu verzichten. Auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 8 wird verwiesen.

Die Absätze 2 bis 6 haben für die Sozialgerichtsbarkeit keine wesentliche praktische Bedeutung. Soweit solche Verfahren bei Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit vorkommen, ist der damit verbundene Arbeitsaufwand bei der Bemessung der Gebühren innerhalb des Gebührenrahmens des § 116, der nach dem Entwurf erweitert werden soll, zu berücksichtigen (vgl. § 12).

Zu Buchstabe c

1. Der bisherige Absatz 3 war auf die Rechtslage vor dem Inkrafttreten der Verwaltungsgerichtsordnung — VwGO — vom 21. Januar 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 17) zugeschnitten. Eine ohne mündliche Verhandlung ergangene Vorentscheidung (Bescheid) galt z.B. unter den Voraussetzungen des § 98 Abs. 4 des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit (VGG) in der früheren amerikanischen Zone und des § 57 Abs. 4 der VO Nr. 165 in der früheren britischen Zone als Urteil. Ferner konnte nach § 62 Abs. 2 VGG in der in Bayern geltenden Fassung das Gericht ohne mündliche Verhandlung entscheiden, wenn es diese Absicht den Beteiligten mitgeteilt hatte und diese der Absicht nicht binnen zwei Wochen widersprochen hatten. Diese letzte Möglichkeit ist in der Verwaltungsgerichtsordnung nicht mehr enthalten. Auch ein Vorbescheid ist nach § 84 VwGO nur noch vorgesehen, wenn sich die Klage als unzulässig oder offenbar unbegründet erweist; in solchen Fällen war aber bisher schon nach § 114 Abs. 3 Satz 2 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte eine Gebühr ausgeschlossen. Die Vorschriften des Absatzes 3 sind daher seit dem Inkrafttreten der Verwaltungsgerichtsordnung für das verwaltungsgerichtliche Verfahren gegenstandslos. Wenn nach § 101 Abs. 2 VwGO mit Einverständnis der Beteiligten ohne mündliche Verhandlung entschieden wird, bleibt — wie bisher schon - § 114 Abs. 1 in Verbindung mit § 35 maßgebend.

In der Sozialgerichtsbarkeit soll § 114 ohnehin nicht mehr angewandt werden (vgl. die Begründung zu Nummer 7 Buchstaben a und b sowie zu Nummer 8); aber auch abgesehen davon wäre Absatz 3 für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit gegenstandslos, weil — ähnlich wie bei den Verwaltungsgerichten — nach §§ 105, 158 Abs. 2 des Sozialgerichtsgesetzes Vorbescheide nur ergehen können, wenn sich die Klage oder das Rechtsmittel als unzulässig oder als offenbar unbegründet erweist.

Für die Gerichte der Finanzgerichtsbarkeit gilt schon jetzt die Sondervorschrift des § 117 Abs. 2.

Der gesamte bisherige Absatz 3 ist daher gegenstandslos geworden und kann deshalb gestrichen werden. An seinem Platz soll nun eine Vorschrift über die Nichtzulassungsbeschwerde eingestellt werden.

2. In Verfahren über die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung und der Revision (§ 131 Abs. 3, § 132 Abs. 3 der Verwaltungsgerichtsordnung) erhält der Rechtsanwalt die gleichen Gebühren wie für eine gewöhnliche Beschwerde (vgl. § 114 Abs. 1 in Verbindung mit § 61 Abs. 1 Nr. 1 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte). In der Regel erhält er hiernach nur eine Gebühr in Höhe von 3/10 der vollen Gebühr. Da die Begründung einer Nichtzulassungsbeschwerde besondere Sorgfalt erfordert, erscheint diese Gebühr zu gering. Andererseits muß jedoch darauf Rücksicht genommen werden, daß das Verfahren nicht zu sehr verteuert wird. Dabei ist zu bedenken, daß die Beschwerdegebühren auch dem Rechtsanwalt erwachsen, der den Gegner des Beschwerdeführers vertritt. In dem Entwurf wird die Hälfte der in § 31 bestimmten Gebühren vorgesehen. Diese Gebühren sollen nach den um 3/10 erhöhten Beträgen der Gebührentabelle berechnet werden, wie sie nach § 11 Abs. 1 Satz 2 für die Berufungs- und die Revisionsinstanz vorgeschrieben sind. Bei einer solchen Regelung entsteht für die Einlegung und Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde eine Gebühr in Höhe der Hälfte der Prozeßgebühr, die für die ganze Berufungs- oder Revisionsinstanz erwachsen würde. Hat die Beschwerde Erfolg und wird infolgedessen das Berufungs- oder Revisionsverfahren durchgeführt, so werden auf die hierdurch entstehenden Gebühren die Gebühren, die in dem Beschwerdeverfahren entstanden sind, nicht angerechnet.

Auch § 220 des Bundesentschädigungsgesetzes sieht eine Nichtzulassungsbeschwerde vor. Für dieses Verfahren erhält der Rechtsanwalt nach § 227 Abs. 3 des Bundesentschädigungsgesetzes in Verbindung mit § 61 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte eine ³/10-Gebühr. Nach dem Entwurf soll hieran nichts geändert werden. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse bei der Wiedergutmachung ist es nicht angezeigt, die Anrufung des Bundesgerichtshofes dadurch zu erschweren, daß die Gebühren für die Nichtzulassungsbeschwerde erhöht werden.

Zu Buchstabe d

Die Gebühren im Verfahren auf Aussetzung oder Aufhebung der Vollziehung oder auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung (vgl. § 80 VwGO) sind bisher durch Verweisung auf § 49 Abs. 1 geregelt. Danach erhält der Rechtsanwalt im Verfahren über die vorläufige Einstellung, Beschränkung oder Aufhebung der Zwangsvollstrekkung ³/10 der in § 31 bestimmten Gebühren, wenn eine abgesonderte mündliche Verhandlung stattfindet. § 114 Abs. 5 begünstigt demgegenüber die Verfahren über die Vollziehbarkeit insofern, als diese Gebühren auch ohne abgesonderte mündliche

Verhandlung erwachsen. Indessen hat sich diese Begünstigung allein nicht als ausreichend erwiesen, um dem Arbeitsaufwand gerecht zu werden, der regelmäßig für den Rechtsanwalt mit derartigen Verfahren verbunden ist und der höher liegt als bei den in § 49 geregelten Verfahren. Anders als dort handelt es sich nämlich der Sache nach in aller Regel um einen zeitlich begrenzten Vorgriff auf das künftige Urteil, so daß bereits in weit stärkerem Maße auf die Sach- und Rechtslage eingegangen werden muß.

Um Bedeutung und Schwierigkeit dieser Verfahren besser Rechnung zu tragen, sind folgende Verbesserungen vorgesehen:

- Der Rechtsanwalt erhält künftig ⁵/₁₀ statt bisher ³/₁₀ der in § 31 bestimmten Gebühren.
- 2. Das Entstehen der besonderen Gebühren ist nicht mehr davon abhängig, daß über die Vollziehbarkeit des Verwaltungsaktes mündlich verhandelt wird. In dem Entwurf wird nicht mehr auf § 49 Abs. 1 und die darin enthaltene Einschränkung verwiesen, wonach die besonderen Gebühren nur bei mündlicher Verhandlung erwachsen. Vielmehr ist durch die Verweisung auf § 31 klargestellt, daß die besonderen Gebühren für die Verfahren über die Vollziehbarkeit unter den gleichen Voraussetzungen entstehen wie die sog. Regelgebühren im Verfahren über die Hauptsache.

Zu Nummer 8

Anders als in Zivilsachen oder in Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit richten sich gemäß § 116 die Gebühren in Verfahren vor Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit nicht nach dem Wert des Gegenstandes der anwaltlichen Tätigkeit (Gegenstandswert). Vielmehr gelten sog. Betragsrahmengebühren. Bei der Bemessung der Gebühr innerhalb des Rahmens, bei dem bisher der Höchstbetrag jeweils das Dreifache des Mindestbetrages ausmacht, ist allen Besonderheiten des Verfahrens Rechnung zu tragen, insbesondere auch denjenigen, die sonst durch die verschiedenen Gebühren des § 31 sowie durch die verschiedenen Gegenstandswerte berücksichtigt werden (vgl. § 12).

Jedoch ist bisher in § 114 Abs. 1 die sinngemäße Anwendung der Vorschriften des Dritten Abschnitts vorgeschrieben. In dem Bericht des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht des Deutschen Bundestages (16. Ausschuß) vom 5. April 1957 — Drucksache 3378 der 2. Wahlperiode — ist dazu ausgeführt:

"Es bereitet Schwierigkeiten , die 'volle Gebühr' nach einem Rahmen zu bemessen. Die vom Ausschuß beschlossene Fassung sieht daher an Stelle eines Rahmens für jede der drei Regelgebühren (§ 30 — nun: § 31 des Gesetzes —) einen einheitlichen Gebührenrahmen vor. Da § 112 Abs. 1 — nun: § 114 Abs. 1 des Gesetzes — vorschreibt, daß im übrigen die Vorschriften des Dritten Abschnitts sinngemäß gelten, wird es ermöglicht, den Rahmen nach unten und oben auszuweiten, wenn nach den für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten geltenden

Vorschriften weniger als eine volle Gebühr oder mehr als drei volle Gebühren entstehen würden."

Diesem Grundgedanken ist die Praxis jedoch nicht überall gefolgt. Deshalb erscheint es angebracht, auf eine Verweisung auf die Vorschriften des Dritten Abschnitts zu verzichten und durch eine entsprechende Ausweitung des Gebührenrahmens genügend Spielraum zu schaffen, um auch diese Fälle bei der Bemessung der Gebühr innerhalb des Rahmens angemessen berücksichtigen zu können. Eine Überschreitung oder Unterschreitung des Rahmens wird also künftighin nicht mehr in Betracht kommen.

Zu Buchstabe a

In der neuen Überschrift kommt zum Ausdruck, daß § 116 nicht mehr, wie bisher, als Ergänzung zu § 114 anzusehen ist.

Zu Buchstabe b

Durch den neuen Halbsatz des Absatzes 1 werden die Gebührentatbestände des Zweiten Abschnitts für die Vergleichsgebühr und die Erledigungsgebühr ausgeschlossen. Diese Sachverhalte sollen künftig bei der Bemessung innerhalb des Rahmens mit berücksichtigt werden (vgl. unten zu Nummer 8 Buchstabe c).

Zu Buchstabe c

Aus den obenerwähnten Gründen ist eine Ausweitung des in Absatz 2 bestimmten Gebührenrahmens notwendig.

Um den Fällen gerecht zu werden, in denen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nur die Hälfte der vollen Gebühr erwachsen würde, hätte es nahegelegen, die Mindestbeträge der Gebührenrahmen auf die Hälfte zu senken. Um jedoch der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, insbesondere der Erhöhung der allgemeinen Unkosten, sieht der Entwurf nur eine Ermäßigung um 25 v. H. vor.

Auf der anderen Seite hätte es nahegelegen, die Höchstbeträge des Gebührenrahmens um ein Drittel zu erhöhen, um die Fälle zu erfassen, in denen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht nur drei, sondern vier Gebühren erwachsen, also insbesondere bei einem Vergleich. Der Entwurf sieht jedoch vor, über diese aus systematischen Gründen gebotene Erhöhung hinauszugehen. Um der zwischenzeitlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, wird vorgeschlagen, die Höchstbeträge des Gebührenrahmens um zwei Drittel zu erhöhen.

Zu Nummer 9

Die Gebühren, die der Armenanwalt aus der Staatskasse erhält, sind durch das Gesetz vom 19. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 769) den veränderten Verhältnissen angepaßt worden. Dabei sind jedoch die Gebühren für Ehesachen und die anderen in § 123 Abs. 2 Satz 1 genannten Sachen nicht geändert worden. Es soll nunmehr der Betrag der vollen Gebühr, der jetzt einheitlich 50 DM beträgt, auf 75 DM erhöht werden. Ferner wird vorgeschlagen, für Verfahren über Anträge nach §§ 627, 627 b ZPO den in

Satz 2 bestimmten Höchstbetrag der vollen Gebühr von 30 DM auf 40 DM zu erhöhen.

Zu Nummer 10

§ 124 Satz 2 ist nach dem Außerkrafttreten des § 123 Abs. 4 (vgl. § 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 19. Juni 1961 — Bundesgesetzbl. I S. 769 —) gegenstandslos geworden und fällt deshalb weg.

Zu Nummer 11

Die in der Anlage zu § 11 enthaltene Gebührentabelle wird, wie in der Allgemeinen Einführung dargelegt, geändert.

Artikel 2

Anderung anderer Gesetze

Zu § 1 (Änderung des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften)

Für die Erstattung der Gebühren und Auslagen von Rechtsbeiständen wird in Artikel IX § 1 Abs. 1 des Gesetzes vom 26. Juli 1957 auf die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte verwiesen. Durch diese Verweisung wirken die Änderungen der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte, die in Artikel 1 vorgesehen sind, auch für die Erstattung der Gebühren und Auslagen von Rechtsbeiständen, soweit es sich dabei um Vorschriften handelt, die für einen Rechtsbeistand überhaupt in Betracht kommen können. Die Absätze 2 und 3 des Artikels IX müsjedoch den Änderungen des § 28 Abs. 2 und der Anlage zu § 11 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte durch eine ausdrückliche Vorschrift angepaßt werden.

Zu § 2 (Änderung der Kostenordnung)

§ 153 der Kostenordnung wird den Änderungen des § 28 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte angeglichen (vgl. Artikel 1 Nr. 3).

Artikel 3

Schlußvorschriften

Zu § 1 (Anwendung des neuen Rechts)

Da durch das Gesetz die Gebühren den veränderten Verhältnissen angepaßt werden sollen, erscheint es angemessen, auch in laufenden Angelegenheiten die Gebühren nach den neuen Vorschriften zu gewähren. Dies wird in Absatz 1 allgemein bestimmt. Für gerichtliche Verfahren stellt Absatz 2 darauf ab, ob der Rechtszug bei dem Inkrafttreten des Gesetzes bereits beendigt war. Dabei lehnt sich der Entwurf an die Überleitungsvorschriften in § 3 des Gesetzes zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte und des Gerichtskostengesetzes vom 19. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 769) an. Da

der Begriff des Rechtszuges der gerichtlichen Instanz gegenübergestellt wird, ergibt sich, daß der Begriff des Rechtszuges im Sinne des Gebührenrechts verstanden wird. Hiernach werden die Gebühren für einen Rechtszug einheitlich entweder nach altem oder nach neuem Recht berechnet, je nachdem, ob der Rechtszug vor dem Inkrafttreten des Gesetzes beendigt war oder nicht. Wann der Rechtszug beendigt ist, bestimmt sich im allgemeinen nach dem erteilten Auftrag und nach den Vorschriften der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte. Für den Fall, daß die gerichtliche Instanz mit einer Entscheidung abschließt, wird jedoch für die Frage, ob in dem Gebührenrechtszug einheitlich altes oder einheitlich neues Recht anzuwenden ist, auf den Zeitpunkt des Erlasses der Entscheidung abgestellt. Bei verkündeten Entscheidungen ist der Zeitpunkt der Verkündung und nicht der Zeitpunkt der später etwa noch erfolgten Zustellung maßgebend. Bei nichtverkündeten Entscheidungen kommt es auf den Zeitpunkt der Zustellung oder der sonstigen in dem Verfahrensrecht vorgesehenen Bekanntgabe an.

Bei Verfahren, die beim Inkrafttreten des Gesetzes ruhen oder ausgesetzt oder unterbrochen sind, soll der Rechtszug grundsätzlich nach altem Recht abgerechnet werden. Wird das Verfahren jedoch nach dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgenommen, so werden die Gebühren des Rechtsanwalts, der nunmehr tätig wird, einheitlich nach neuem Recht berechnet, und zwar auch, soweit sie schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes entstanden sind.

Zu § 2 (Geltung in Berlin)

Die Vorschrift soll es ermöglichen, die Vorschrift auch in Berlin in Kraft zu setzen.

Zu § 3 (Inkrafttreten)

Das neue Recht erfordert zu seiner Einführung keine größeren organisatorischen Vorbereitungen. Es kann daher bald nach der Verkündung in Kraft treten

Anlage zur Begründung

Ubersicht der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung

	Nach geltende	em Recht	Nach dem neuen Entwurf			
Wertteile bis	volle Gebühr		Wertteile bis	volle Gebühr		
	•		2 400 DM	5 DM je	100 DM (= 5 $^{\circ}/_{\circ}$	(o)
3 000 DM	4 DM je	$100 \mathrm{DM} (= 4 \mathrm{0/0})$	3 000 DM	4 DM je	100 DM (= 4 $^{\circ}/$	′o)
		•	4 200 DM	6 DM je	$200 \mathrm{DM} (= 3)$	′o)
6 000 DM	5 DM je	200 DM (= $2.5^{-0/0}$)	6 000 DM	5 DM je	$200 \mathrm{DM} (= 2.5 ^{-0})$	′o)
10 000 DM	5 DM je	$400 \mathrm{DM} (= 1.25 ^{0}/_{0})$	10 000 DM	6 DM je	$400 \mathrm{DM} (= 1.5^{-0})$	′o)
98 000 DM	5 DM je	$800 \mathrm{DM} (= 0.625^{0}/_{0})$				
100 000 DM	6 DM je	$1~000~\mathrm{DM}~(=~0.6~^{-0}/_{0})$	100 000 DM	7 DM je	$1~000~{ m DM}~(=0.7~^{\circ})$	′o)
500 000 DM	16 DM je	$5~000~{ m DM}~(=~0.32~^{0}/_{0})$				
1 000 000 DM	32 DM je 1	$10\ 000\ \mathrm{DM}\ (=0.32\ ^{0}/_{0})$	1 000 000 DM	35 DM je	$10\ 000\ DM\ (=0.35\ ^{\circ}/$	[/] o)
5 000 000 DM	25 DM je 1	$10\ 000\ \mathrm{DM}\ (=0.25\ ^{0}/_{0})$	5 000 000 DM	25 DM je	$10\ 000\ \mathrm{DM}\ (=0.25\ ^{\mathrm{0}}/$	/o)
darüber	25 DM je 2	$20\ 000\ DM\ (=0.125^{0}/_{0})$	darüber	25 DM je	$20\ 000\ DM\ (=0.125^{\circ}/$	/o)

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

1. Die **Eingangsworte** sind wie folgt zu fassen:

"Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:"

Begründung

Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates, da es ein mit Zustimmung des Bundesrates erlassenes Gesetz, nämlich das Gesetz zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861), förmlich ändert.

 Zu Artikel 1 Nr. 11 (Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte)

Artikel 1 Nr. 11 erhält folgende Fassung:

,11. Die Anlage zu § 11 wird wie folgt gefaßt: "Die volle Gebühr beträgt bei einem Gegenstandswert

bis 20 Deutsche Mark 3 Deutsche Mark bis 50 Deutsche Mark 5 Deutsche Mark bis 100 Deutsche Mark 7 Deutsche Mark bis 150 Deutsche Mark 10 Deutsche Mark bis 200 Deutsche Mark 13 Deutsche Mark bis 300 Deutsche Mark 19 Deutsche Mark 400 Deutsche Mark bis 25 Deutsche Mark bis 500 Deutsche Mark 30 Deutsche Mark 600 Deutsche Mark 35 Deutsche Mark bis bis 700 Deutsche Mark 40 Deutsche Mark 45 Deutsche Mark bis 800 Deutsche Mark bis 900 Deutsche Mark 50 Deutsche Mark bis 1 000 Deutsche Mark 55 Deutsche Mark bis 1 100 Deutsche Mark 60 Deutsche Mark bis 1 200 Deutsche Mark 65 Deutsche Mark bis 1 300 Deutsche Mark 70 Deutsche Mark bis 1 400 Deutsche Mark 75 Deutsche Mark bis 1 500 Deutsche Mark 80 Deutsche Mark 85 Deutsche Mark bis 1 600 Deutsche Mark bis 1 700 Deutsche Mark 90 Deutsche Mark bis 1 800 Deutsche Mark 95 Deutsche Mark bis 1900 Deutsche Mark 100 Deutsche Mark bis 2 000 Deutsche Mark 105 Deutsche Mark bis 2 100 Deutsche Mark 110 Deutsche Mark bis 2 200 Deutsche Mark 115 Deutsche Mark 2 300 Deutsche Mark bis 120 Deutsche Mark bis 2 400 Deutsche Mark 125 Deutsche Mark bis 2 500 Deutsche Mark 130 Deutsche Mark 2 600 Deutsche Mark 135 Deutsche Mark bis bis 2 700 Deutsche Mark 140 Deutsche Mark 145 Deutsche Mark bis 2 800 Deutsche Mark 2 900 Deutsche Mark 150 Deutsche Mark bis bis 3 000 Deutsche Mark 155 Deutsche Mark bis 3 200 Deutsche Mark 163 Deutsche Mark bis 3 400 Deutsche Mark 171 Deutsche Mark 3 600 Deutsche Mark 179 Deutsche Mark bis 3 800 Deutsche Mark 187 Deutsche Mark his

4 000 Deutsche Mark bis 195 Deutsche Mark bis 4 200 Deutsche Mark 202 Deutsche Mark bis 4 400 Deutsche Mark 209 Deutsche Mark 4 600 Deutsche Mark bis 216 Deutsche Mark bis 4 800 Deutsche Mark 223 Deutsche Mark 5 000 Deutsche Mark 230 Deutsche Mark bis bis 5 200 Deutsche Mark 236 Deutsche Mark bis 5 400 Deutsche Mark 242 Deutsche Mark 248 Deutsche Mark his 5 600 Deutsche Mark bis 5 800 Deutsche Mark 254 Deutsche Mark bis 6 000 Deutsche Mark 260 Deutsche Mark bis 6 200 Deutsche Mark 264 Deutsche Mark bis 6 400 Deutsche Mark 268 Deutsche Mark 6 600 Deutsche Mark bis 272 Deutsche Mark bis 6800 Deutsche Mark 276 Deutsche Mark bis 7 000 Deutsche Mark 280 Deutsche Mark bis 7 200 Deutsche Mark 283 Deutsche Mark bis 7 400 Deutsche Mark 286 Deutsche Mark bis 7 600 Deutsche Mark 289 Deutsche Mark bis 7 800 Deutsche Mark 292 Deutsche Mark bis 8 000 Deutsche Mark 295 Deutsche Mark bis 8 400 Deutsche Mark 300 Deutsche Mark bis 8 800 Deutsche Mark 305 Deutsche Mark bis 9 200 Deutsche Mark 310 Deutsche Mark bis 9 600 Deutsche Mark 315 Deutsche Mark 10 000 Deutsche Mark bis 320 Deutsche Mark bis 10 500 Deutsche Mark 325 Deutsche Mark bis 11 000 Deutsche Mark 330 Deutsche Mark bis 11 500 Deutsche Mark 335 Deutsche Mark bis 12 000 Deutsche Mark 340 Deutsche Mark bis 12 500 Deutsche Mark 345 Deutsche Mark bis 13 000 Deutsche Mark 350 Deutsche Mark bis 13 500 Deutsche Mark 355 Deutsche Mark bis 14 000 Deutsche Mark 360 Deutsche Mark bis 14 500 Deutsche Mark 365 Deutsche Mark bis 15 000 Deutsche Mark 370 Deutsche Mark 15 500 Deutsche Mark bis 375 Deutsche Mark bis 16 000 Deutsche Mark 380 Deutsche Mark bis 16 500 Deutsche Mark 385 Deutsche Mark bis 17 000 Deutsche Mark 390 Deutsche Mark bis 17 500 Deutsche Mark 395 Deutsche Mark 400 Deutsche Mark bis 18 000 Deutsche Mark bis 18 500 Deutsche Mark 405 Deutsche Mark 19 000 Deutsche Mark bis 410 Deutsche Mark bis 19 500 Deutsche Mark 415 Deutsche Mark bis 20 000 Deutsche Mark 420 Deutsche Mark bis 21 000 Deutsche Mark 428 Deutsche Mark bis 22 000 Deutsche Mark 436 Deutsche Mark bis 23 000 Deutsche Mark 444 Deutsche Mark bis 24 000 Deutsche Mark 452 Deutsche Mark bis 25 000 Deutsche Mark 460 Deutsche Mark 26 000 Deutsche Mark 468 Deutsche Mark bis bis 27 000 Deutsche Mark 476 Deutsche Mark bis 28 000 Deutsche Mark 484 Deutsche Mark bis 29 000 Deutsche Mark 492 Deutsche Mark 30 000 Deutsche Mark 500 Deutsche Mark bis 31 000 Deutsche Mark 508 Deutsche Mark bis bis 32 000 Deutsche Mark 516 Deutsche Mark

524 Deutsche Mark bis 33 000 Deutsche Mark 34 000 Deutsche Mark 532 Deutsche Mark his 540 Deutsche Mark bis 35 000 Deutsche Mark 548 Deutsche Mark 36 000 Deutsche Mark his 37 000 Deutsche Mark 556 Deutsche Mark his 38 000 Deutsche Mark 564 Deutsche Mark bis 39 000 Deutsche Mark 572 Deutsche Mark his 580 Deutsche Mark bis 40 000 Deutsche Mark 588 Deutsche Mark 41 000 Deutsche Mark bis 42 000 Deutsche Mark 596 Deutsche Mark his his 43 000 Deutsche Mark 604 Deutsche Mark 612 Deutsche Mark bis 44 000 Deutsche Mark 620 Deutsche Mark 45 000 Deutsche Mark his 46 000 Deutsche Mark 628 Deutsche Mark bis 47 000 Deutsche Mark 636 Deutsche Mark his 48 000 Deutsche Mark 644 Deutsche Mark his bis 49 000 Deutsche Mark 652 Deutsche Mark his 50 000 Deutsche Mark 660 Deutsche Mark bis 51 000 Deutsche Mark 667 Deutsche Mark 52 000 Deutsche Mark 674 Deutsche Mark his 53 000 Deutsche Mark his 681 Deutsche Mark bis 54 000 Deutsche Mark 688 Deutsche Mark 55 000 Deutsche Mark 695 Deutsche Mark his bis 56 000 Deutsche Mark 702 Deutsche Mark his 57 000 Deutsche Mark 709 Deutsche Mark bis 58 000 Deutsche Mark 716 Deutsche Mark his 59 000 Deutsche Mark 723 Deutsche Mark bis 60 000 Deutsche Mark 730 Deutsche Mark his 61 000 Deutsche Mark 737 Deutsche Mark his 62 000 Deutsche Mark 744 Deutsche Mark bis 63 000 Deutsche Mark 751 Deutsche Mark bis 64 000 Deutsche Mark 758 Deutsche Mark bis 65 000 Deutsche Mark 765 Deutsche Mark 66 000 Deutsche Mark bis 772 Deutsche Mark bis 67 000 Deutsche Mark 779 Deutsche Mark bis 68 000 Deutsche Mark 786 Deutsche Mark 69 000 Deutsche Mark bis 793 Deutsche Mark bis 70 000 Deutsche Mark 800 Deutsche Mark bis 71 000 Deutsche Mark 807 Deutsche Mark 72.000 Deutsche Mark his 814 Deutsche Mark bis 73 000 Deutsche Mark 821 Deutsche Mark bis 74 000 Deutsche Mark 828 Deutsche Mark bis 75 000 Deutsche Mark 835 Deutsche Mark 76 000 Deutsche Mark his 842 Deutsche Mark bis 77 000 Deutsche Mark 849 Deutsche Mark bis 78 000 Deutsche Mark 856 Deutsche Mark bis 79 000 Deutsche Mark 863 Deutsche Mark 870 Deutsche Mark bis 80 000 Deutsche Mark bis 81 000 Deutsche Mark 877 Deutsche Mark bis 82 000 Deutsche Mark 884 Deutsche Mark 83 000 Deutsche Mark 891 Deutsche Mark bis bis 84 000 Deutsche Mark 898 Deutsche Mark bis 85 000 Deutsche Mark 905 Deutsche Mark bis 86 000 Deutsche Mark 912 Deutsche Mark bis 87 000 Deutsche Mark 919 Deutsche Mark bis 88 000 Deutsche Mark 926 Deutsche Mark bis 89 000 Deutsche Mark 933 Deutsche Mark 90 000 Deutsche Mark 940 Deutsche Mark bis bis 91 000 Deutsche Mark 946 Deutsche Mark bis 92 000 Deutsche Mark 952 Deutsche Mark bis 93 000 Deutsche Mark 958 Deutsche Mark 94 000 Deutsche Mark bis 964 Deutsche Mark bis 95 000 Deutsche Mark 970 Deutsche Mark 96 000 Deutsche Mark 976 Deutsche Mark bis bis 97 000 Deutsche Mark 982 Deutsche Mark bis 98 000 Deutsche Mark 988 Deutsche Mark

bis 99 000 Deutsche Mark 994 Deutsche Mark 100 000 Deutsche Mark 1000 Deutsche Mark bis von dem Mehrbetrag bis 150 000 Deutsche Mark für je 2000 Deutsche Mark 10 Deutsche Mark von dem Mehrbetrag bis 500 000 Deutsche Mark für je 5 000 Deutsche Mark 20 Deutsche Mark von dem Mehrbetrag bis 1 Million Deutsche Mark 35 Deutsche Mark für je 10 000 Deutsche Mark von dem Mehrbetrag bis 5 Millionen Deutsche Mark für je 10 000 Deutsche Mark 25 Deutsche Mark

von dem Mehrbetrag über 5 Millionen Deutsche Mark

für je 20 000 Deutsche Mark

Gegenstandswerte über 100 000 Deutsche Mark
sind auf volle 2 000 Deutsche Mark,

Gegenstandswerte über 150 000 Deutsche Mark sind auf volle 5 000 Deutsche Mark.

Gegenstandswerte über 500 000 Deutsche Mark sind auf volle 10 000 Deutsche Mark,

Gegenstandswerte über 5 Millionen Deutsche Mark sind auf volle 20 000 Deutsche Mark

aufzurunden."

Begründung

Die in der Kabinettsvorlage des Bundesministers der Justiz vom Mai 1964 vorgesehene Gebührentabelle enthielt eine angemessene Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren. Mit ihr hatten sich im Jahre 1963 die Vertreter der Anwaltschaft und die Kostenrechtsreferenten der Landesjustizverwaltungen einverstanden erklärt.

Die Gebührentabelle der Regierungsvorlage enthält die ursprünglich vorgesehenen Gebührenerhöhungen nur noch zu etwa 40 %. Diese Erhöhung reicht auch bei Berücksichtigung der vermehrten Einnahmen der Anwaltschaft nicht aus, um die seit der letzten Festsetzung der Wertgebühren eingetretene Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der Kosten für die Unterhaltung einer Anwaltskanzlei auszugleichen.

3. Zu Artikel 2 (Anderung anderer Gesetze)

§ 1 Buchstabe a

In § 1 Buchstabe a sind in den beiden letzten Zeilen die Worte "69 Deutsche Mark" durch die die Worte "70 Deutsche Mark" und die Worte "75 Deutsche Mark" durch die Worte "77,50 Deutsche Mark" zu ersetzen.

Begründung

Die Änderung ergibt sich aus der Änderung der Gebührenstaffel in der Anlage zu § 11 BRAGebO.

4. Zu Artikel 2 (Anderung anderer Gesetze)

δ 2

§ 2 ist wie folgt zu fassen:

,§ 2

Anderung der Kostenordnung

Die Kostenordnung vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 960), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. Dezember 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 986), wird wie folgt geändert:

- In § 137 wird folgende Nummer 2 eingefügt: "2. Postgebühren für förmliche Zustellungen;"
 Die bisherigen Nummern 2 bis 10 werden Nummern 3 bis 11.
- 2. § 153 wird wie folgt geändert:
 - a) (wie Regierungsvorlage)
 - b) (wie Regierungsvorlage)
- 5. **Zu Artikel 2 § 3 (neu)** und **§ 4 (neu)** (Änderung anderer Gesetze)

Nach § 2 sind folgende §§ 3 und 4 einzufügen:

,§ 3

Änderung des Gerichtskostengesetzes

Das Gerichtskostengesetz vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 941), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Juli 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 457), wird wie folgt geändert:

- In § 92 wird folgende Nummer 2 eingefügt: "2. Postgebühren für förmliche Zustellungen;" Die bisherigen Nummern 2 bis 11 werden Nummern 3 bis 12.
- 2. § 111 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:
 - "(2) Der Zahlungsbefehl soll erst nach Zahlung der im \S 38 Abs. 1 bestimmten Gebühr

und der Auslagen für förmliche Zustellungen erlassen werden."

- 3. § 111 Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:
 - "(3) Der Termin zur Abnahme des Offenbahrungseids soll erst nach Zahlung der im § 40 Abs. 1 Nr. 5 vorgesehenen Gebühr und der Auslagen für förmliche Zustellung bestimmt werden."

§ 4

Anderung der Justizverwaltungskostenordnung

- § 5 Abs. 1 der Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 14. Februar 1940 (Reichsgesetzbl. I S. 357), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 861, 895), wird wie folgt gefaßt:
- "(1) Für die Erhebung sonstiger Auslagen gilt § 137 Nr. 1 bis 6, 9, 10 der Kostenordnung entsprechend."'

Begründung zu Nr. 4 und 5

Durch die Erhöhung der Postgebühren am 1. März 1963 sind die einschlägigen Ausgaben im Justizhaushalt um fast die Hälfte gestiegen. Dabei fällt die Erhöhung der Gebühr für die förmliche Zustellung (Postzustellungsauftrag, § 39 der Postordnung vom 16. Mai 1963 — BGBl. I S. 341) besonders ins Gewicht. Es ist deshalb erforderlich, wenigstens die Postgebühren für die förmliche Zustellung als Auslagen des gerichtlichen Verfahrens oder des Justizverwaltungsverfahrens zu erheben. In Mahnverfahren mit einem Gegenstandswert bis zu 150 DM und in Strafbefehlsverfahren mit einer Geldstrafe bis zu 50 DM deckt die Gerichtsgebühr nicht einmal mehr die Postgebühren, wenn mehr als eine förmliche Zustellung vorgenommen werden muß.

Anlage 3

Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Zu 1.

Der Auffassung des Bundesrates, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedürfe, kann nicht gefolgt werden. Die Bundesregierung vertritt in ständiger Praxis die Auffassung, daß die Anderung eines Zustimmungsgesetzes nur dann der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wenn durch das Anderungsgesetz Vorschriften geändert werden, welche die Zustimmungsbedürftigkeit des ursprünglichen Gesetzes begründet haben. Das ist hier nicht der Fall.

Zu 2. und 3.

Der vorgeschlagenen Änderung vermag die Bundesregierung nicht zuzustimmen. Die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Erhöhungen der Rechtsanwaltsgebühren tragen der wirtschaftlichen Lage der Anwaltschaft Rechnung. Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kann die Bundesregierung zur Zeit eine weitergehende Erhöhung der Gebühren nicht befürworten.

Zu 4. und 5.

Den Vorschlägen des Bundesrates wird zugestimmt.